

Alexander Bonde MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses  
Haushaltspolitischer Sprecher Bündnis90/Die Grünen  
Platz der Republik 1- 11011 Berlin  
Tel: 030/ 227 71691  
Fax: 030/ 227 76991  
Email: alexander.bonde@bundestag.de  
www.alexander-bonde.de

Berlin, 05.03.2010

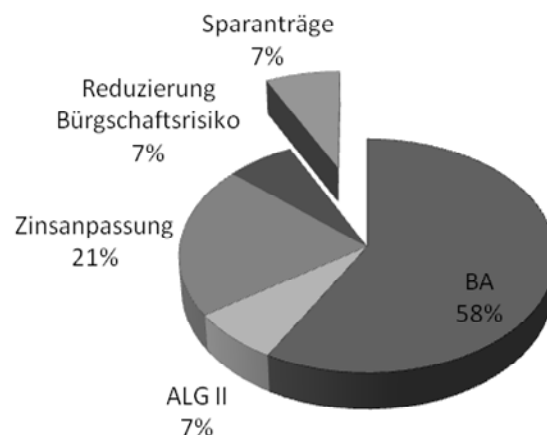
### Zum Ergebnis der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses zum Haushalt 2010 erklärt Alexander Bonde, haushaltspolitischer Sprecher Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Koalition ist sich des dramatischen Ernsts der Rekordverschuldung immer noch nicht bewusst. Sparanstrengungen zur Konsolidierung sind kaum zu erkennen. Die Koalition schmückt sich mit der Rückführung der Rekordverschuldung im Bundeshaushalt um 5,6 Mrd. € auf nun 80,2 Mrd. €. Schaut man jedoch genauer hin, wird deutlich, dass der weitaus größte Teil dieser Rückführung durch Anpassung von Ausgaben an die weniger schlecht als erwartet laufende konjunkturelle Entwicklung entsteht. Beispiele dafür sind:

- Der Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit wird um 3,2 Mrd. Euro reduziert, weil es in 2010 im Schnitt 400.000 weniger Arbeitslose geben soll, als bislang erwartet. Auch die Kosten für das Arbeitslosengeld II werden deshalb um 400 Mio. Euro geringer angesetzt.
- Geringere Zinskosten in Höhe von 1,2 Mrd. € wegen der allgemeinen Zinsentwicklung und
- eine fragwürdige Absenkung von 350 Mio. € bei der Risikovorsorge für Bürgschaftsausfälle wegen angeblich gesunkener Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Damit haben die Sparanträge der schwarz-gelben Koalition insgesamt nur einen Umfang von etwa 400 Mio. Euro (7 % der Rückführung der Verschuldung im Vergleich zur Einbringung). Unter dem Strich spart die Koalition also gerade einmal 0,5 % der Neuverschuldung, bzw. 0,12 % des Gesamtetats ein!

### Schwarz-Gelb spart nur 400 Mio. Euro



Im Vergleich zum Regierungsentwurf wird die Nettokreditaufnahme (NKA) der Koalition um 5,6 Mrd. Euro abgesenkt. Dies erklärt sich zu 93 % durch die Mitnahme von Konjunktur- und Zinseffekten. Echte Konsolidierungsvorschläge der Koalition tragen nur 7 % zur niedrigeren NKA bei.

## Schattenhaushalte

Neben der Rekordverschuldung von 80,2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt versteckt die Regierung beim Investitions- und Tilgungsfonds weitere 15 Milliarden Euro Verschuldung. Auch beim Bankenrettungsfonds SoFFin steckt ein Schattenhaushalt. Dieser ist momentan mit 32 Mrd. Euro Verschuldung belastet. Weitere Belastungen für den Bundeshaushalt können bei einer Krisenverschärfung beim Deutschlandfonds auftreten, mit dem die Bundesregierung Unternehmenskredite gewährleistet.

## Fehlender Konsolidierungswille bei Schwarz-Gelb

Der schwarz-gelben Koalition fehlt die innere Einigkeit und erst recht der politische Wille (ökologisch schädliche) Subventionen abzubauen und Klientelgeschenke zu beenden. Mit dem Abbau ökologisch schädlicher Subventionen würde eine doppelte Rendite entstehen: ökologischer Impuls für die Wirtschaft und fiskalische Konsolidierung. Im Haushalt 2010 liegt hier ein Potential von 9 Mrd. €.

Teile des Bundeshaushalts offenbaren eine Selbstbedienungsmentalität der Koalition, die im harten Widerspruch zum Konsolidierungsversprechen der Sonntagsreden von Finanzminister und Kanzlerin stehen. In den Ministerien wird munter neues Personal eingestellt, nicht zuletzt von der FDP, die sich konsequent von ihren früheren Sparvorschlägen distanziert hat.

## Rechtswidriges Haushaltsverfahren

Der Bundeshaushalt 2010 weist aber auch schwere formale Mängel auf: Bis gestern Abend wurde der Haushalt ohne die Vorlage einer mittelfristigen Finanzplanung beraten. Dann wurde im Hau-Ruck-Verfahren noch einmal die in wesentlichen Konjunkturannahmen völlig überholte Finanzplanung, die von Finanzminister Steinbrück vorgelegt worden war, in das Parlament eingebracht. Die Bundesregierung will vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den Bürgerinnen und Bürgern keine Planungen vorlegen. Denn allein durch die Vorgaben der Schuldenbremse ist klar, dass die Bundesregierung auf einen härteren Konsolidierungskurs einsteuern muss.

## Grüner Zukunftshaushalt

Bündnis 90/ Die Grünen haben mit ihren Haushaltsvorschlägen gezeigt, dass sich mit klarem Gestaltungswillen eine **zusätzliche** Reduzierung der Nettokreditaufnahme in Höhe von 7,55 Mrd. € erreichen lässt (Nettokreditaufnahme unter 72 Mrd. €) und gleichzeitig Investitionen in die Zukunftsbereiche Klimaschutz und soziale Teilhabegerechtigkeit in Milliardenhöhe machbar sind. Ein solcher Wille zum Gestalten heraus aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist bei der Koalition nicht zu erkennen. Bündnis 90 / Die Grünen haben Vorschläge für Sparmaßnahmen in Höhe von über 4 Milliarden Euro vorgelegt. Durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen könnte der Bundeshaushalt um 9 Milliarden Euro entlastet werden. So könnte der Haushalt konsolidiert werden und gleichzeitig Fehlsteuerungen und Fehlanreize vermieden werden. Aber wir brauchen auch gerechte Mehreinnahmen. Ohne diese gibt es keinen Weg aus der Rekordverschuldung. So können wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes die Lasten reduzieren, die sonst zukünftige Generationen tragen müssen. Durch die Einführung einer Finanzumsatzsteuer würden Finanzmärkte stabiler werden und gleichzeitig Mittel frei, um den notwendigen sozialen und ökologischen Umbau unserer Volkswirtschaft voranzutreiben. Um die riesige Verschuldung in den Schattenhaushalten abzubauen, muss eine Vermögensabgabe eingeführt werden.